

Niederschrift
über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses
am 24.10.2023

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Tom Brüntrup

bis 17:55 Uhr

Herr Vincenzo Copertino

Frau Elke Grünewald

Frau Tanja Orlowski

Herr Detlef Werner

SPD

Frau Brigitte Biermann

Herr Birol Keskin

Herr Björn Klaus

Herr Prof. Dr. Riza Öztürk

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Lisa Brockerhoff

Herr Klaus Peter Johner

Frau Romy Mamerow

Frau Hannelore Pfaff

Die Partei

Herr Daniel Hofmann

FDP

Herr Gregor vom Braucke

AfD

Herr Maximilian Kneller

Die Linke

Herr Dr. Dirk Schmitz

Schriftführung

Frau Kerstin Gast

Von der Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Kaschel

Frau Wemhöner (Amt für Finanzen)

Herr Vahle (Amt für Personal)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

In Abwesenheit von Herrn Rees begrüßt die stellvertretende Vorsitzende Frau Grünewald die Mitglieder des Finanz- und Personalausschusses sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, explizit Frau Polenz als Anwärtlerin im Praxisabschnitt im Geschäftsbereich Haushaltsmanagement.

Sie stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses sowie die ordnungsgemäße Einladung fest.

Unter TOP 3.1 ist eine Anfrage eingestellt worden. Die Antwort der Verwaltung liegt zur heutigen Sitzung noch nicht vor. Der TOP 15 wird von der Verwaltung zurückgezogen.

Die Ausschussmitglieder sind mit der Tagesordnung einverstanden.

Abschlussberatungen am 20. und 21.11.2023

Die Verwaltung gibt folgenden Hinweis zum weiteren Umgang mit ergänzenden oder ersetzenden Haushaltsvorlagen und separaten Vorlagen mit finanziellen bzw. stellenplanmäßigen Auswirkungen aus dem laufenden Beratungsverfahren zum Haushalt 2024 in den Bezirksvertretungen und Fachausschüssen:

Alle vertagten oder in 1. Lesung beratenen Beschluss- und alle Infovorlagen mit finanziellen bzw. stellenplanmäßigen Veränderungen gegenüber dem Entwurf 2024 werden von der Verwaltung unter Hinweis auf das Gremium und die entsprechende Dr.-Nr. in die Veränderungslisten zu den Abschlussberatungen aufgenommen.

Die Verwaltung informiert zum Verlauf:

Sitzungsbeginn am 20.11.2023 ist um 10 Uhr im Rochdale-Raum

Die Verwaltung wird einen Ablaufplan erstellen und die Veränderungslisten spätestens zum Ende der 46. KW vorlegen.

In der Sitzung wird Herr Kaschel zum aktuellen Stand des Beratungsverfahrens informieren. Anschließend werden die Veränderungen dezernatsweise beraten. Hierzu werden sich die Dezernenten auf Abruf bereithalten; eine ggf. erforderliche Teilnahme wird zu Beginn der Sitzung geklärt.

Sitzungsbeginn am 21.11.2023 ist um 10.30 Uhr im Rochdale-Raum

Anträge werden bis 9 Uhr der Schriftführerin Frau Gast vorzugsweise als Worddokument oder als ein zu bearbeitendes pdf-Dokument per Mail zugeleitet und untereinander weitergeleitet.

Für die künftige Recherche wird von der Verwaltung vorgeschlagen, pro Thema/Maßnahme einen eigenständigen Antrag vorzusehen. Dann kann jeweils eine „sprechende Bezeichnung“ und eine Drucksachenummer vergeben werden. Damit ist jedes Thema/jede Maßnahme später recherchierbar.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 35. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 05.09.2023

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 35. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 05.09.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Mitteilungen liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

siehe Punkt 3.1

-.-.-

Zu Punkt 3.1 Anfrage der FDP-Fraktion FiPA 24.10. Bielefeld fährt Rad

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6976/2020-2025

Eine Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Anträge liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 5

Wissenswerkstadt - Projektstand und Kostensituation

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6935/2020-2025

Herr Werner betont, dass man das Projekt von Anfang an kritisch gesehen habe. Dies gelte weiterhin sowohl bezogen auf die Kostensteigerungen als auch die Investitionen in ein angemietetes Objekt.

Herr vom Braucke kündigt einen Antrag seiner Fraktion zur Überprüfung des Kostenrahmens an. Er stehe dem Projekt ebenfalls kritisch gegenüber und teile die beschriebene Ansicht der „Leuchtturmwirkung des Projektes“ nicht.

Herr Prof. Dr. Öztürk erklärt, die „Leuchtturmwirkung“ der Wissenswerkstadt sei von Dritten attestiert worden. Er betont den Effekt, dass dadurch die „Wissenschaft“ der Hochschulen in die Stadt hineingetragen werde und die Wissenswerkstadt zur Aufwertung des Quartiers beitrage. Auch in der Vergangenheit habe es von allen mitgetragene Projekte gegeben, die nicht kostenplanungsgemäß zu Ende geführt werden konnten.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 6

Ausbau und Weiterentwicklung der Gedenkstätte Stalag 326 (VI K) Senne

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6933/2020-2025

Herr Klaus erklärt, er bedauere die Irritationen im Kreis Gütersloh, welche das Projekt ins Stocken gebracht hätten. Er unterstreiche die Wichtigkeit dieser nationalen Gedenkstätte und befürworte das Vorgehen, dass die Gebietskörperschaften der kommunalen Familie OWL sich an den Betriebskosten der Stalag 326 mit 25 % beteiligten. Dies sei eine tragfähige Lösung, weshalb die SPD-Fraktion das Gesamtprojekt sehr befürworte.

Herr Werner hebt hervor, dass es sich hierbei um eine dynamische Entwicklung handle und man schauen müsse, wohin die weiteren Verhandlungen führten. Die CDU-Fraktion sei bereit, den Bielefelder Anteil in Höhe von maximal 138.000 € mitzutragen. Er betont, dass es sich nicht nur um ein russisches, sondern auch um ein ukrainisches und polnisches Fremdarbeiterlager und darüber hinaus um eines der größten in Deutschland handle. Mit der Realisierung des Projektes gehe man einen guten und richtigen Weg.

Frau Bockerhoff erklärt, dass man mit der Gedenkstätte einen gemeinschaftlichen Weg gehe und sie die Bielefelder Einigkeit als ein wichtiges Zeichen erachte. Im Übrigen schließe sie sich den Äußerungen von Herrn Klaus an.

Herr Hofmann hebt hervor, dass hier Menschen aus der ehemaligen

Sowjetunion dem Tode ausgesetzt waren und es in der Senne neben dem größten Kriegsgefangenenlager auch den größten Friedhof für sowjetische Kriegstote gebe. Daher erhoffe er sich trotz der Vorkommnisse im Kreis Gütersloh eine Finanzierung der Gedenkstätte und begrüße das Engagement des Oberbürgermeisters, der Kulturstatsministerin und des Landtagspräsidenten.

Herr vom Braucke erklärt, dass er das Vorhaben unter finanzpolitischen Aspekten weiterhin kritisch begleiten werde. Nichts desto trotz begrüße seine Fraktion das Projekt.

H. Kneller äußert sich zur finanziellen Seite des Projektes dahingehend, dass er den Beschluss des Kreises Gütersloh angesichts der „Kostenexplosion“ nachvollziehen könne. Eine anteilige Beteiligung erachte er als sinnvoll, allerdings widerstrebe ihm die Argumentation, man könne sich unter Hinweis auf die Zustimmung der jeweils anderen Ebene und den möglichen Verfall der Fördergelder nicht verweigern. Er werde sich heute enthalten, da ein Beschluss erst angezeigt sei, wenn Planungssicherheit bestehe und feststehe, wie die Gedenkstätte zustande komme und in welcher Höhe laufende Kosten anfielen.

Herr Dr. Schmitz erklärt, er begrüße das Projekt sehr und hoffe, dass der heutige empfehlende Beschluss zur anteiligen Finanzierung des Projekts ein Signal für die Beteiligten sei, die noch Bedenken hätten oder noch abstimmen müssten.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld begrüßt die Weiterentwicklung der Gedenkstätte Stalag 326.**
- 2. Der Rat der Stadt Bielefeld beauftragt den Oberbürgermeister, einen Letter of Intent zu unterzeichnen, in dem**
 - eine Beteiligung an den Betriebskosten der Gedenkstätte ab dem Zeitpunkt der Fertigstellung, frühestens ab dem Jahr 2030, in Höhe von 3%, maximal 138.000 € jährlich sowie**
 - eine Beteiligung an den Vorlaufkosten nach Gründung der Stiftung, frühestens ab dem Jahr 2024, in Höhe von max. 10.000 € jährlich zugesichert werden.**
- 3. Der Rat der Stadt Bielefeld beauftragt den Oberbürgermeister, die Ausgestaltung der in der Begründung genannten Stiftung mit den übrigen Beteiligten zu verhandeln.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7

Vorfinanzierung GRW 5-Mittel und Eigenanteil 2024 - 2026 für Berufskollegs

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6925/2020-2025

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld vorbehaltlich einer gleichlautenden Empfehlung des Schul- und Sportausschusses zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) zu stellen.

In den Haushaltsjahren 2024, 2025 und 2026 werden in der Produktgruppe 11.03.01 - Bereitstellung schulischer Einrichtungen entsprechend der Anlage folgende Mittel zur Finanzierung des städt. Eigenanteils bereitgestellt:

2024	116.141 €
2025	193.569 €
2026	464.565 €
Gesamt:	774.275 €

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

3. Tertialsbericht der Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld für das Wirtschaftsjahr 2022/2023

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6830/2020-2025

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

-.-.-

Zu Punkt 9

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz zwischen der Stadt Bielefeld und den Kreisen im Regierungsbezirk Detmold

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6587/2020-2025

Herr vom Braucke erklärt, seine Fraktion werde nicht zustimmen. Andere

Städte hätten die Aufgabe abgegeben bzw. nicht übernehmen wollen. Statt Aufgabenkritik zu üben, werde hier eine Aufgabe, die mit Mehrpersonal verbunden sei, herangezogen.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zum Zwecke der Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz zum 01.01.2024 eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den Kreisen im Regierungsbezirk Detmold zu schließen.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

47. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Grundstücksentwässerung und der Abwasseruntersuchungen in der Stadt Bielefeld vom 22. November 1973 (KdS Grundstücksentwässerung)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6762/2020-2025

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat vorbehaltlich einer gleichlautenden Empfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz, die 47. Änderungs-satzung zur Satzung über die Kostendeckung der Grundstücksentwässerung und der Abwasseruntersuchungen in der Stadt Bielefeld vom 22. November 1973 (KdS Grundstücksentwässerung) gemäß Anlage I. zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

/ Die Satzung ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift

-.-.-

Zu Punkt 11

Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030; hier: Fußverkehrsstrategie - Leitfaden

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4675/2020-2025

Herr Klaus erklärt, dass er die interfraktionelle Abstimmung so verstan-

den habe, dass diese Vorlage mit Auswirkungen auf den Haushalt 2024 in die Abschlussberatungen verschoben werde.

Auf die Frage von Frau Grünwald, ob dies Konsens sei und für alle Vorlagen mit Haushaltsrelevanz gelte, gab es keine Einwände.

Herr Kneller erklärt, die Vorlage aus ideologischen Gründen abzulehnen. So stütze man sich auf Aussagen zum Klimaschutz aus dem Jahr 2018. Das heutige Fußverkehrsnetz sei bereits gut ausgebaut. Den top-down-Ansatz erachte er als einen falschen Denkansatz. Die Schaffung neuer Stellen sei aus seiner Sicht nicht erforderlich.

Herr Werner verweist auf die fachliche Diskussion im zuständigen Stadtentwicklungsausschuss. Da die CDU-Fraktion dort nicht zustimmen werde, werde man auch die hier zur Beschlussfassung anstehende Bereitstellung der finanziellen Mittel ablehnen.

Herr Johner erinnert an die zugrundeliegenden intensiven Beratungen zur Fußverkehrsstrategie in der in- und extern fachkundig besetzten Strategiegruppe Nahmobilität. Die Ergebnisse seien protokolliert und im Informationssystem einsehbar.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt, alle Vorlagen mit haushaltsrelevanten Inhalten zur Entscheidung in die Abschlussberatungen zum Haushalt 2024 zu verschieben.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

Erlass einer Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG NRW) für straßenbauliche Maßnahmen in der Schloßhofstraße von Drögestraße bis Melanchthonstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6295/2020-2025

1. Lesung

-.-.-

Zu Punkt 13

Umsetzung von Maßnahmen des 3. Nahverkehrsplans der Stadt Bielefeld zum Fahrplanwechsel 2024

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6515/2020-2025

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

-.-.-

Zu Punkt 14 Verlängerung und Weiterentwicklung des Fahrradverleihsystems

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6540/2020-2025

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt, alle Vorlagen mit haushaltsrelevanten Inhalten zur Entscheidung in die Abschlussberatungen zum Haushalt 2024 zu verschieben.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 15 Öffentliche Straßenbeleuchtung - Rahmenvertrag über Beleuchtungsdienstleistungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6872/2020-2025

abgesetzt

-.-.-

Zu Punkt 16 Nachbewilligung von Haushaltsmitteln für die Umrüstung von Beleuchtungsanlagen auf LED-Technik

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6923/2020-2025

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat vorbehaltlich einer gleichlautenden Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses

- die überplanmäßige Bereitstellung von konsumtiven Haushalts-

mitteln im Ergebnisplan 2023 der PG 11.12.02, SK 52420100 in Höhe von 900.000 €. Die Deckung erfolgt in Höhe von 600.000 € in PG 11.12.01, SK 52420100 und in Höhe von 300.000 € in PG 11.12.03, SK 52910000, alle bewirtschaftet im Amt für Verkehr

- die Reduzierung des Ansatzes für Energiekosten der Straßenbeleuchtung über die Abschlussberatungen zum Haushalt 2024ff in 2024 um 50.000 €, in 2025 um 100.000 € und ab 2026 um 160.000 €

zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 17 Öffentliche Toiletten

siehe Punkt 17.1 und 17.2

-.-.-

Zu Punkt 17.1 Öffentliche Toiletten in Bielefeld - Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6876/2020-2025

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

-.-.-

Zu Punkt 17.2 Bereitstellung ausreichender Finanzmittel im Haushaltsplan 2024 für das Konzept öffentliche Toiletten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6832/2020-2025

Herr Werner erklärt, es sei grundsätzlich positiv, dass Bewegung in dieses Thema komme und verweist auf die abschließende Behandlung in den Abschlussberatungen zum Haushalt, in denen die CDU-Fraktion einen Antrag stellen werde.

Herr vom Braucke erklärt, er könne nicht nachvollziehen, warum hierzu ein Konzept für 120.000 € erstellt werden müsse.

Herr Prof. Dr. Öztürk kündigt für die SPD-Fraktion ebenfalls einen Antrag an.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt, alle Vorlagen mit haushaltsrelevanten Inhalten zur Entscheidung in die Abschlussberatungen zum Haushalt 2024 zu verschieben.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 18

Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Bielefeld für städtische Unterkünfte für Flüchtlinge und Obdachlose

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6421/2020-2025

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

1. Die „Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von städtischen Unterkünften für Wohnungslose der Stadt Bielefeld“ vom 10. März 1997, in der aktuellen Fassung der 8. Änderungssatzung vom 14.12.2015 tritt zum 01.02.2024 außer Kraft.
2. Die neue „Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Bielefeld für städtische Unterkünfte für Flüchtlinge und Obdachlose“ tritt zum 01.02.2024 in Kraft.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 19

Bereitstellung ausreichender Finanzmittel im Haushaltsplan 2024 für die Konzepte Hitzeaktionsplan sowie Hausärztliche Versorgung (Antrag des Seniorenrates vom 16.08.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6831/2020-2025

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt, alle Vorlagen mit haushaltsrelevanten Inhalten zur Entscheidung in die Abschlussbe-

ratungen zum Haushalt 2024 zu verschieben.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 20 Open Sundays - Etablierung als Regelangebot und finanzielle Absicherung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6718/2020-2025

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt, alle Vorlagen mit haushaltsrelevanten Inhalten zur Entscheidung in die Abschlussberatungen zum Haushalt 2024 zu verschieben.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 21 Weiterführung des Teilhabefonds ab 2024

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6870/2020-2025

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt, alle Vorlagen mit haushaltsrelevanten Inhalten zur Entscheidung in die Abschlussberatungen zum Haushalt 2024 zu verschieben.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 22 Beteiligungsbericht 2022 und Bericht zum Public Corporate Governance Kodex der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6393/2020-2025

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

-.-.-

Zu Punkt 23 Umgang mit Kostensteigerungen im Zusammenhang mit dem Bau des Freibades Jöllenbeck in Form eines Kombibades

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6926/2020-2025

Herr Werner verweist darauf, dass die Beratung dieser Vorlage ebenfalls auf die Abschlussberatungen verschoben wurde. Ihm scheine das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht. Er warte auf den angekündigten Finanzierungsvorschlag.

Herr vom Braucke erklärt, dass es wichtig sei, Kindern das Schwimmen beizubringen und er als Jöllenbecker und Vilsendorfer ein Schwimmbad im Stadtteil befürworte. Die schnelle Entscheidung sei seinerzeit auch in Erwartung von Fördergeldern getroffen worden.

Herr Prof. Dr. Öztürk verweist darauf, dass man vor allem bei großen Bauprojekten immer mit unerwartetem Aufwand und Kostensteigerungen rechnen müsse und für diese Notwendigkeiten jeweils finanzielle Lösungen gefunden werden müssten.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

-.-.-

Zu Punkt 24 Berichtswesen zum Produkthaushalt 2023 – 2.Tertialsbericht 2023

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6839/2020-2025

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

-.-.-

Zu Punkt 25 Grundsteuerreform – Aufforderung an das Land NRW zur Berechnung und Anwendung neuer Messzahlen zur Vermeidung von Belastungsschiebungen zwischen den Gruppen der Grundstückseigentümer

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6859/2020-2025

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat:

Um die Auswirkungen der Grundsteuerreform bewerten zu können, fordert der Rat der Stadt Bielefeld die Landesregierung in NRW auf, umgehend landesweite Musterberechnungen anzustellen. Die dabei zu erwartenden deutlichen Belastungsverschiebungen zwischen den verschiedenen Grundstücksarten, sollten anschließend durch ein Gesetzgebungsverfahren zur Einführung neuer und differenzierter Messzahlen korrigiert werden. Mit dem anschließenden Erlass neuer Grundsteuermessbescheide zur Anwendung der neuen Messzahlen können dann bei der folgenden Festsetzung der Grundsteuer durch die Gemeinden Belastungsverschiebungen zwischen den Gruppen der Grundstückseigentümer vermieden werden.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 26

Unterrichtung über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat. (Anlage 1 – ist beigelegt.)

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt von den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, gemäß Vorlage Kenntnis und verweist diese Vorlage ebenfalls an den Rat zur Kenntnisnahme.

-.-.-

Zu Punkt 27

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen – Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Aus vorangegangenen Sitzungen ist nichts zu berichten.

-.-.-